

NOVA

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr. 25 1991 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

STOPPT die Kriegstreiber

"Blut für Öl", so könnte man "Sinn" und Zweck des größten Krieges seit 20 Jahren beschreiben. Zehntausende Unschuldige müssen mit ihrem Leben für die Interessen der Multis, Könige und Scheichs bezahlen.

Auch die österreichische Regierung hat fleißig mitgemacht in diesem Krieg. Die Durchführung der US - Panzer und die grund-

sätzliche Genehmigung von Überflügen bewiesen einmal mehr, daß Neutralität nicht mehr als eine hohle Phrase ist, die sich die Mächtigen so auslegen, wie sie es gerade brauchen. Denn was soll das Gerede von UNO-Beschlüssen, angesichts der jahrzehntelangen menschenverachtenden Außenpolitik der USA (Vietnam, Korea, Panama, Nicara-

gua,...), Frankreichs (Algerienkrieg, im ozeanischen Raum,...). Und was soll das Gerede von "Freiheit und Demokratie", wenn das erklärte Kriegsziel die Wiedereinsetzung des absolut herrschenden kuwaitischen Emirs und die Neuordnung des arabischen Raums im amerikanischen



Österreichische Demonstranten gegen den Golfkrieg

INHALT:

Kampffond.....	2
Anti-Kriegs-Proteste.....	3
ÖBB-Reform.....	3
Litauen.....	4
Berufsberechtigungen.....	5
Philips.....	6
UNO.....	7
Marxisten und Krieg.....	8
Mill.....	10
SiPolG.....	11
Sozialistische Jugend.....	12
Freiheit für Mahmoud.....	13
Jugoslawien.....	14
Was wir wollen.....	16

Sinne ist.

Und auch die Rolle der Medien in diesem Krieg war sehr aufschlußreich. Von Objektivität und Unabhängigkeit konnte jedenfalls keine Rede sein. Wie ein Mann (bzw. eine Frau) standen sie auf Seiten der Alliierten, beschworen den Krieg gegen den "neuen Hitler" Hussein und stellen in überheblicher Weise die arabischen Massen als eine Horde wildgewordener Fundamentalisten dar. Wo war die Medienkampagne, als die USA den Bürgerkrieg in Nicaragua anheizten, wo wurde der "gerechte Krieg" gegen die USA gefordert, als diese in Panama einfielen... Und wo werden die berechtigten Anliegen der arabischen Massen

erwähnt, die nationale Selbstbestimmung frei von imperialistischer Fremdherrschaft und soziale Gerechtigkeit, ohne Scheichs und korrupte (künstlich gestützte) Regimes, heißen. Auch der abhängige Charakter der (meisten) Medien hat sich in diesem Krieg einmal mehr gezeigt. Abhängig nämlich von den großen Konzernen, Unternehmern und Kriegstreibern.

Egal wie der Golfkonflikt nun weitergeht, eins liegt schon jetzt auf der Hand: Dieser Krieg war nicht der letzte Krieg. Solange es eine Weltordnung gibt, deren Maßstab die Sicherheit der Multis beim Profitmachen ist, werden diese immer wieder durch ihre Regierungen

und Armeen "korrigierend" bei Aufständen, z.B. durch Putsche, eingreifen. Mit dieser Art von Weltordnung dürfen wir uns nicht abfinden, denn das würde bedeuten, z.B. den Hungertod von 40 Mio. Menschen jährlich einfach in Kauf zu nehmen. Die Macht der Konzernherren muß gebrochen werden. Denn sie brauchen Krieg, soziale Not und nationale Unterdrückung zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. In der aktuellen Situation müssen wir insbesondere für den sofortigen Abzug der Alliierten eintreten. Das wäre die erste Voraussetzung zum wirklichen Sturz aller korrupten Regimes.

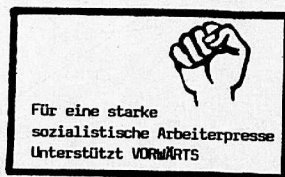
John Evers SJ 5

KAMPFOND

Unsere Aktivitäten während der letzten zwei Monate konzentrierten sich weitgehend auf die Protestbewegung gegen den Krieg am Golf. Wir verkauften nicht nur sehr erfolgreich bei den zahlreichen Demos unsere Zeitungen, sondern gaben auch zwei Sondernummern heraus. Eine davon verteilten wir als Flugblatt, die andere verkauften wir um drei Schilling. Viele Leser waren auch bereit, mehr zu zahlen, um uns so bei der Finanzierung der Sondernummern zu unterstützen. Denn so wie wir, waren auch viele andere überzeugt, daß man klare Analysen und Ziele braucht, um wirkungsvoll den Krieg gegen das irakische Volk zu bekämpfen. Ulrike Seifelin gab 100,- für eine Zeitung und einige Leser unterstützten uns durch den Kauf eines Abos. Außerdem zahlte die überwiegende Mehrheit der Leser von sich aus den Solidaritätspreis oder mehr. So konnten wir den Kampffond von 867,- auf 5727,80 anheben. Durch den Ankauf eines Megaphons, das wir auf den Demonstrationen dringend brauchen, mußten wir ein großes Loch in unsere Kasse reißen.

Deshalb brauchen wir auch weiterhin Eure Spenden, um unser Ziel von 40.000 zu erreichen. Wir hoffen, daß Ihr uns auch weiterhin unterstützt, damit Marxisten nicht nur in der SPD, sondern auch bei Anti-Kriegsaktionen eine größere Rolle spielen.

(Die Redaktion März 1991)



WIR TREFFEN UNS:

SJ 5:

Gruppe Funke: jeden Mittwoch
19 Uhr 5, Grünwaldg.4
Gruppe LAG: jeden Dienstag
19 Uhr 6, Wallg.4

SJ 20:

Gruppe SAJ: jeden Dienstag
19 Uhr 20, Wehlstr.20/28,
Kellerlokal (Nähe Engelsplatz)

SJ 23:

Gruppe Offensiv: jeden Dienstag
19 Uhr 23, Sobotag./Purkytg.

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
John Evers
Kriehberg, 11/21 1050 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Kampf dem Krieg - International

Im Gegensatz zu vielen anderen Kriegen, organisierte sich gegen den Golfkrieg von Beginn an eine breite Protestbewegung. Überall auf der Welt gingen, vor allem junge, Menschen auf die Straße und bewiesen damit einmal mehr, daß sie nicht zu einer "unpolitischen" Generation gehören.

In Spanien organisierte die marxistisch geführte Schülergewerkschaft "SE" einen praktisch lückenlos befolgten Schulstreik, Demonstrationen in Madrid (40.000) und Barcelona (25.000) gegen die Beteiligung Spaniens am Krieg. Wäre das nicht ein gutes Vorbild für unsere Aktion Kritisches Schüler?

In Deutschland gab es punktuelle Streiks. Hunderttausend beteiligten sich an einer Demonstration in Berlin, in Bonn waren es 250.000.

In Griechenland sind über 70% der Bevölkerung gegen den Krieg. Zwei Demonstrationen mit je 40.000 - 50.000 Menschen fanden statt.

In Italien wurden auf lokaler Ebene zahlreiche Schülerstreiks organisiert, während in London 80.000 auf die Straße gingen.

In den den USA stehen Demonstrationen auf der Tagesordnung. In San Francisco erklärte die Verwaltung die Stadt zur Schutzzone für "fahnenflüchtige" Soldaten. Eine Demonstration in der Hauptstadt (1/4 Million Teilnehmer) und in San Francisco (175.000) stellen die bisherigen Höhepunkte dar.

Besonders breiten Widerstand gibt es im arabischen Raum gegen die korrupten Könige und Regierungen und deren Unterstützung für den US-Imperialismus:

In Pakistan (neben Israel bis jetzt treuester Verbündeter der USA in diesem Raum) finden permanente Massendemonstrationen gegen die alliierte Aggression statt. Ein eintägiger Generalstreik fand breite Unterstützung

in der Bevölkerung.

Ebenfalls ein Generalstreik, begleitet von einer 300.000 Köpfigen Demonstration, fand in Marokko statt.

In Algerien und Ägypten verliert die Regierung massiv an Unterstützung, ebenso wie in Tunesien wo sie sich unter dem Druck der Massen gezwungen sah selbst zu einem eintägigen Generalstreik aufzurufen.

Obwohl alle diese Bewegungen (noch) kein sozialistisches Programm haben, zeigen sie die Bereitschaft zu Veränderung und tiefes Mißtrauen gegen das jetzige System. Unsere Aufgabe ist es, alles für die Stärkung dieser Bewegungen zu tun und in ihnen um eine Mehrheit für sozialistische Positionen zu kämpfen.

Johny Evers SJ 5



Die italienischen Marxisten rufen zum Generalstreik gegen den Krieg auf

ÖBB - Reform

Für die Eisenbahner sind es schwere Zeiten! Die Angriffe auf die Österreichischen Bundesbahnen von ÖVP und FPÖ werden von Tag zu Tag härter.

Wenn es nach ihnen gehen würde, wäre die ÖBB schon lange eine Aktiengesellschaft oder ganz privat. Das konnte durch das Wahlergebnis verhindert werden. Die SPÖ hat sich zumindest teilweise auf die Seite der Eisenbahner gestellt. Ein Dorn im Auge der Bürgerlichen ist das Pensionsrecht, das vorsieht, daß jeder Eisenbahner nach 35 Dienstjahren mit 83% vom letzten Gehalt in Pension gehen kann. Die Zulagen sind nicht höher als die der anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Hier wollen die Bürgerlichen aber nichts ändern - denn das würde ihnen Stimmen bei den nächsten

Wahlen kosten, da sie unter den Beamten relativ stark vertreten sind. Die Bürgerlichen würden auch lieber den Ausbau des Straßennetzes als den der Eisenbahn sehen.

Die SPÖ-Führung hat aber in den Koalitionsverhandlungen in einigen Punkten der ÖVP nachgegeben. So wird der Gewerkschaftseinfluß auf die Unternehmensleitung stark reduziert (z.B. im Aufsichtsrat). Auch bei den Finanzen steckte die SPÖ massiv zurück. Während der Straßenbau 13 zusätzliche Milliarden bekommt, stieg die ÖBB mit 5 sehr mager aus. Dies widerlegt alle Lippenbekenntnisse vom Vorrang für den öffentlichen Verkehr. Die SPÖ, die unter den Eisenbahnern eine überragende Mehrheit hat, muß deren Interessen konsequent gegen alle bürgerlichen Angriffe vertreten.

Martin Kralik SJ 23

Besatzer raus

Im Schatten des Golfkriegs findet derzeit, kaum beachtet von der Weltöffentlichkeit, ein anderes sehr wichtiges Ereignis statt: Die immer stärker werdenden Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion, vor allem im Baltikum (Estland, Lettland, Litauen).

Litauen, das erste Schritte in Richtung Unabhängigkeit bereits im November 1989 mit der Einführung einer eigenen Staatsbürgerschaft gesetzt hatte, ist eine der Unionsrepubliken, die in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen am weitesten fortgeschritten sind. In Litauen hat die russische Bürokratie zu den bislang wahrscheinlich schärfsten Gegenmaßnahmen gegriffen.

Zentrale litauische Stellen wurden von Truppen des sowjetischen Innenministeriums zeitweilig besetzt, nach offiziellen Angaben gab es dabei 14 Tote und 140 Verletzte.

Auch in Lettland greift die russische Bürokratie hart durch. Nachdem bereits eine Woche davor ein Fernsehsender gestürmt wurde, kam es am 20. Jänner zur blutigen Besetzung des lettischen Innenministeriums.

Golfkrieg und Perestroika

Der Golfkrieg kommt der sowjetischen Führung vermutlich recht gelegen: die Amerikaner brauchen die Unterstützung der SU im Golf, dafür macht sie mit den "abtrünnigen" Republiken (u. a. eben das Baltikum), was Du willst".

Trotz scheinbar entrüsteter Stellungnahmen von US-Präsident Bush läuft die Aktion nach dem Motto "Du läßt mir freie Hand im Golf, dafür mach' mit den "abtrünnigen" Republiken (u. a. eben das Baltikum), was Du willst".

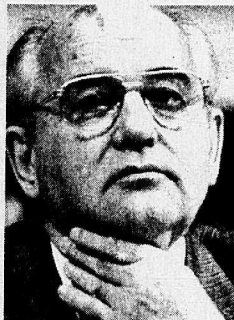
Rolle Gorbatschows

1989, als alle Bürgerlichen, aber auch viele Linke noch im Gorbi-Fieber lagen, schrieben wir: "...indem er (Gorbatschow) die Gesichter des Politbüros (ändert), kann er die Probleme der heutigen Krise nicht lösen, da sie eine Krise des gesamten bürokratischen Systems ist, dem auch die Gorbatschow - Fraktion angehört. Wenn sich der Druck der Massen verschärft, wird sich die Krise noch mehr vertiefen und wenn es sich die Bürokratie nicht mehr leisten kann, Zugeständnisse zu machen, wird sie wieder auf Repression zurückgreifen." (Aus VORWÄRTS Nr. 17/89)

Genau diese Einschätzung ist jetzt eingetreten. Gorbatschow regiert mit einer "Zuckerbrot und Peitsche" - Politik. Einerseits versucht er, sich als Reformler darzustellen, andererseits gibt es gerade in einem wirtschaftlich so wichtigen Teil der UdSSR, wie dem Baltikum, eine brutale Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegungen.

Perestroika gescheitert

In der derzeitigen SU von



Gorbatschow steht das Wasser bis zum Hals

Glasnost (= Offenheit) und Perestroika (= Umgestaltung) zu sprechen, ist der reine Hohn. Der Teil der Bürokratie, der zum alten stalinistischen System zurückkehren will, wird immer einflußreicher.

Gorbatschow muß, um politisch zu überleben, "Bauernopfer" bringen, also einige Reformler durch Hardliner ersetzen. Gorbatschow hat zwar in der Theorie mehr diktatorische Rechte, als sie selbst Stalin hatte, doch in der Praxis ist sein Spielraum zwischen den diversen Fraktionen relativ gering.

Die Perspektive einer Militärdiktatur in der UdSSR wird von Tag zu Tag wahrscheinlicher. Selbst wenn sich die Radikalreformer um Boris Jelzin doch noch durchsetzen sollten, werden sie diktatorische Maßnahmen brauchen, um ihre Macht zu sichern. Denn was "Rückkehr zum Kapitalismus" wirklich heißt, wurde in den anderen Ostblockländern bereits bewiesen: Verschlechterung des Lebensstandards, Kündigungen, noch mehr Versorgungsengpässe, etc.. Da eine vollständige kapitalistische Restauration derzeit unmöglich ist, müßte die Sowjetbürokratie die Anarchie des freien Marktes mit der eigenen Unfähigkeit, die Planwirtschaft zu entfalten, verbinden. Was dabei herauskommt, ist nur in einem Punkt bereits jetzt klar: Der Verlierer wäre die sowjetische Bevölkerung.

Was tun?

Starke nationalistische Bewegungen, eine starke Abneigung gegen alles, was russisch ist, und ein immer schlechter werdender Lebensstandard. Das ist die Situation im Baltikum und allen anderen nicht-russischen Gebieten

der UdSSR.

Das Baltikum wurde 1919 von der damaligen Sowjetführung mit Lenin und Trotzki an der Spitze, gemäß dem bolschewistischen Programm der nationalen Selbstbestimmung in die Unabhängigkeit entlassen. 1940 wurde es von Stalin im Rahmen des Hitler-Stalin - Paktes besetzt.

Die Balten haben, wie alle anderen Völker das Recht auf einen eigenen Staat. Doch das heißt nicht, daß wir für ein kapitalistisches Baltikum eintreten müssen. Wir treten ein für ein unabhängiges Baltikum, d.h. unabhängige Staaten, die sich freiwillig zu einer sozialistischen Föderation zusammen-

schließen. Kein Volk hat das Recht, andere Völker zu unterdrücken, sei es mit Waffengewalt, sei es mit wirtschaftlichen Blockaden. Wenn ein Volk unabhängig werden will, so muß es die Besatzer zwingen, das Land zu verlassen.

Michael Bonvalot SJ 5

5-4-3-2-1-0

Am 15.2.91 fand die größte Schülerdemonstration der 2. Republik statt. 15.000 Schüler gingen auf die Straße um für ihre Rechte zu kämpfen.

Die Vorgeschichte:

1988 wurden neue Lehrpläne für die HAK (Handelsakademie) und die HASCH (Handelsschule) erstellt. Allerdings müssen jedesmal nach der Erstellung neuer Lehrpläne die Berufsberechtigungen (entsprechen dem Lehrabschluss) neu zwischen dem Unterrichtsministerium und dem Wirtschaftsministerium ausgehandelt werden. Bisher erhielten die Absolventen beider Schulen fünf Berufsberechtigungen - vier kaufmännische und den Spediteur. Bei den Verhandlungen konnte das Wirtschaftsministerium die Reduzierung auf 2 kaufmännische Berufe durchsetzen (Büro- und Großhandelskaufmann). Die Berufsberechtigung für Industrie- und Einzelhandelskaufmann soll nur noch erlangt werden, wenn zusätzlich 4-8 Stunden sogenannte "Freifächer" belegt werden. Der Spediteur wurde stillschweigend unter den Tisch gekehrt.

Als diese Regelung bekannt wurde, protestierten die Schüler völlig zu recht. Hatten sie doch die Schule vor 1 bzw. 2 Jahren (für die 3., 4. und 5. Klasse ändert sich nichts) in dem Glauben begonnen, 5 Berufsberechtigungen zu erlangen.

Diese Vorgangsweise ist aber kein Einzelfall! In den letzten Jahren versuchte das Wirtschaftsministerium bei jedem neuen Lehrplan, bei jeder neuen Ver-

handlung, möglichst viele Berufsberechtigungen für die Schüler zu streichen. In manchen Schultypen wurden 4 von 5 Berechtigungen gestrichen. Viele Schüler erhalten trotz mehr als 2-jähriger kaufmännischer Ausbildung weder die Berufsberechtigung eines Kaufmannes noch eine entsprechende Lehrzeitanrechnung.

Die radikalen Angriffe auf die Schüler werden mit "Fairness gegenüber den Lehrlingen" gerechtfertigt. So wird argumentiert, daß Lehrlinge 3 Jahre lernen müssen, um einen Lehrabschluss zu erhalten, die Schüler kriegen mit 3 bis 5 Jahren wesentlich mehr. Diese Ungerechtigkeit kann aber nicht gelöst werden, indem man den Schülern etwas wegnimmt. Das plötzliche Interesse des Wirtschaftsministeriums für die Rechte der Lehrlinge ist nur ein taktischer Schritt, um die Jugend zu spalten und keine echte Sorge um die Rechte der Lehrlinge. Schließlich wehrt sich gerade das Wirtschaftsministerium gegen die Verlängerung der Berufsschulzeit und damit gegen eine Verbesserung der Ausbildung.

Was bezweckt die Wirtschaft also? Wenn die Schüler weniger Berufsberechtigungen haben, müssen sie, um manche Berufe ausüben zu können, später noch als Lehrlinge arbeiten, um die Berufsberechtigungen zu erhalten. Der Unternehmer hat dann eine bestens ausgebildete Arbeitskraft, der er fast nichts bezahlen muß. Mit den vom Wirt-

schaftsministerium geforderten Praktika (Arbeiten der Schüler in den Ferien) ist es dasselbe - denn für die Ausbildung sind sie völlig nutzlos.

Die Angriffe auf die HAK- und HASCH-Schüler sind letztendlich Angriffe gegen alle Schüler. Und als solche müssen wir sie auch bekämpfen. Gemeinsam mit allen Schülern. Und gemeinsam mit den Lehrlingen, die eine schlechte Ausbildung, schlechte Bezahlung und schlechte Möglichkeiten haben. Gegen ein Ausbildungssystem das uns in Schüler und Lehrlinge spaltet.

Sonja Grusch SJ 23



- * Keine Streichung von Berufsberechtigungen
- * Ein Mindestlohn für Lehrlinge und Praktikanten
- * Bessere Ausbildung für alle - z.B. zweiter Berufsschuljahr
- * Stipendien für alle Schüler ab 16
- * Keine Geheimkonferenzen öffentliche Verhandlungen
- * Für eine gemeinsame Schule aller 10-19-Jährigen, die sowohl eine gute Allgemeinbildung als auch eine Berufsausbildung vermittelt

PHILIPS-Multi dankt mit Kündigungen

Philips Videogeräte, Philips TV-Geräte, Philips Audiogeräte.. Philips ist ganz einfach ein Gigant auf dem Elektronikmarkt.

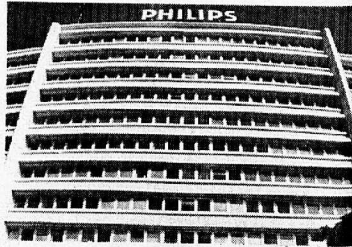
In nicht weniger als 50 Ländern hat der Konzern ganze 346 Betriebsstandorte, und das, obwohl seit 1987 weltweit schon 75 Fabriken dicht gemacht wurden. 290000 Arbeiter erwirtschafteten dem niederländischen Familienimperium Milliarden. Da konnte man sich sogar so ein teures "Hobby" wie eine Fußballmannschaft von Weltformat - PSV Eindhoven - leisten, wobei jeder Kicker das Ziffache eines Philips - Arbeiters verdient. Auch in Österreich hat Philips mehrere Niederlassungen und ist mit 9600 Beschäftigten der größte heimische private Arbeitgeber. Und Philips-Österreich war durchaus erfolgreich. 1989 bilanzierte man immerhin mit 152 Mio. 85 Gewinn, für 1990 und 1991 erwartet man sich ähnliche Ergebnisse. Trotzdem will der Multi 1200 Arbeitnehmer abbauen.

In der Chefetage nennt man das ein "Umstrukturierungsprojekt", das weltweit zum Tragen kommen wird. Das gesamte Sanierungskonzept sieht bis Ende 1991 den Abbau von 40000 Arbeitsplätzen vor. Kein Wunder, kamen doch die Manager angesichts der schweren Krise, in der sich die Muttergesellschaft befindet (1990: Verlust von 25 Mrd. 85, Dividenden blieben aus), ganz schön ins Schwitzen. Vom Optimismus, den die Managerriege lange Zeit verbreitete, ist nichts mehr zu merken. In Wien sollen 600, davon alleine 400 im Videowerk, dem einstigen Vorzeigestandort, in Kärnten 450, in der Steiermark 130 ihren Arbeitsplatz verlieren. Pro Jahr will man mit dieser Maßnahme bis zu 400 Mio. 85 einsparen. Produktivitätssteigerungen sollen dem Multi auch in Zukunft einen fetten Profit einbringen. Obwohl bei

Elektrogeräten ein Preisverfall befürchtet wird, hoffen die Philips - Manager, den Umsatz so bei etwa 20 Mrd. 85 halten zu können. Da trennt man sich gerne von jedem achten(!) Mitarbeiter. Die Betriebsräte der betroffenen Unternehmen protestierten energisch. Für sie ist es offensichtlich, daß die Beschäftigten weltweit für die Versäumnisse, die auf der obersten Führungsebene passierten, büßen müssen. Und selbst der neue Chef der Zentrale in Eindhoven erklärt, daß der "Wurm im Management sitzt". Dazu kommt der Druck von seiten der Konkurrenz, die in den Billiglöhnländern Südostasiens und Osteuropas produzieren. Trotz enormen Leistungsdrucks und eher schlechter Bezahlung wurde es auch für Philips Österreich immer schwieriger, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Sowohl der Bund wie auch das Land Kärnten sind jedoch bereit, die Wogen zu glätten. Sozialminister Hesoun und auch Landeshauptmann Haider versprochen baldige Sonderförderaktionen und die Bereitstellung finanzieller Mittel, um den Gekündigten den Umstieg zu erleichtern. Für viele bedeutet der Arbeitsplatzverlust die ungewollte Frühpensionierung. Auch der Multi selbst soll aber nicht ganz leer ausgehen. Ein Förderansuchen über 650 Mio. 85 dürfte so gut wie genehmigt sein. Dabei waren die Stadt Wien und auch der Bund schon früher äußerst freigiebig. Ein Grundstück im Wert von 2 Mrd. 85 und Zuschüsse in dreistelliger Millionenhöhe nahm Philips dankend an.

Betrachtet man die Förderungsprojekte für SONY und Chrysler -Eurostar, so wird einem klar, daß die Regierung aus den bisherigen Fehlern nicht klug werden will. Die multinationalen Konzerne werden brav gefüttert natürlich mit dem Argument der



Die Herren in den Chefetagen sind von den Kündigungen wohl nicht betroffen

Arbeitsplatzsicherung und wenn der Gesamtkonzern kein optimales Ergebnis erzielt, folgt die Antwort prompt: Arbeitsplätze werden abgebaut.

Daher fordern wir den sofortigen Stop aller Subventionen an Multis, im Falle Philips die Rückzahlung aller Subventionen an Bund und Länder und eine aktive Arbeitsmarktpolitik in den von den Entlassungen betroffenen Gebieten. Großkonzerne, die in Zukunft mit Entlassungen bzw. mit Betriebsabsiedlungen drohen, sollen enteignet und in die Kontrolle der Arbeiter überführt werden.

Die Gewerkschaft muß endlich Kontakte zu anderen Gewerkschaften verstärken und wirksame Konzepte für einen wirksamen Widerstand gegen die Multis erarbeiten. Streiks und andere Kampfmaßnahmen dürfen nicht länger Tabuthemen sein. In Hinblick auf die europäische Integration muß so rasch wie möglich eine gesamteuropäische Gewerkschaftsstrategie gefunden werden. In der Konfrontation mit multinationalen Konzernen ist "sozialpartnerschaftliche" Gewerkschaftspolitik fehl am Platze. Die Gewerkschaft muß endlich einsehen, daß das Kapital in die Offensive geht und die hart erkämpften Rechte der Arbeiter beseitigen will. Das neue Europa muß das Europa der Arbeiter werden.

Gernot Trausmuth SJ Sommerein

Schafft die UNO Frieden?

Kurz nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait forderte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, daß der Irak sofort und bedingungslos Kuwait räumen soll. Ende November 1990 autorisierte der Sicherheitsrat alle Staaten, die mit der Exil-Regierung Kuwaits zusammenarbeiten, alle notwendigen Mittel einzusetzen, um die erste Resolution zu verwirklichen.

Die Vereinten Nationen sollen dem internationalen Völkerrecht Geltung verschaffen, damit der Weltfrieden gesichert wird. Doch die Realität sieht anders aus. Die UNO wird von den Siegerstaaten des 2. Weltkrieges, USA, Großbritannien, Frankreich und den wichtigsten stalinistischen Mächten UdSSR und Volksrepublik China, dominiert. Die wahre Geschichte der Vereinten Nationen seit ihrer Gründung 1947 war bestimmt durch den Schutz der Interessen der herrschenden Klasse und der Mächtigen der Welt. Der Großteil der Mitgliedsstaaten der UNO sind brutale Militärdiktaturen und "Demokratien" a la USA und Japan setzen sich auch nur für die Interessen der Herrschenden ein. Die Mitgliedstaaten der UNO werden nicht demokratischer und sozial gerechter nur weil sie Mitglied der UNO sind.

Die UNO und ihre Teilorganisationen ermöglichen es vor allem der USA Kontrolle und Einfluß auf die Mehrzahl der Staaten auszuüben. Richtige Macht in der UNO besitzen nur die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (wie oben erwähnt), die jede Entscheidung der UNO durch ein Veto verhindern können. Die Rolle der UNO läßt sich nur in der Praxis einschätzen. Leider geben sich auch viele Linke theoretischen Vorstellungen hin, die den Vereinten Nationen Prinzipien wie Völkerrecht, kollektive Sicherheit

oder Friede zuordnen. Diese Vorstellung geben die falsche Richtung, weil wir damit unser Schicksal gerade denjenigen Mächten ausliefern, die die Arbeiterschaft unterdrücken. Keine Aggression der USA gegen andere Staaten wie der Vietnamkrieg, der Einmarsch in Grenada oder Panama oder die Aktionen gegen das sandinistische Nicaragua wurden vom Sicherheitsrat verurteilt.



Für die Rechte der Palästinenser setzt sich die UNO nicht so ein

Aber, so fügen immer wieder Befürworter der UNO dazu, wer könnte denn sonst den Frieden sichern. Ja, was wäre wenn... Selbst wenn wir davon ausgehen, daß sich alle Staaten in der UNO anders verhalten als in der Realität, dann hätte die UNO noch immer keine relevanten Streitkräfte, um irgendeine Resolution durchzusetzen. Das heißt aber wiederum nur, daß die stärkste (Militär)Macht entscheidet.

Gerade die Vorgänge, die zur Kriegsunterstützung im Sicherheitsrat führten, zeigen die wirkliche Rolle der Vereinten Nationen auf. Die USA erkaufen sich die politische Unterstützung

ihrer Militäraktion mit riesigen Geldsummen, wirtschaftlichen Zusagen und Versprechen von Waffenlieferungen. Die Sicherung der Unterdrückung der Mehrheit der Menschheit verbindet die Herrschenden und nicht irgendwelche Friedensvisionen. Die Vereinten Nationen bilden keine neue Weltordnung, sie sind der Diener der Mächtigen und der Unterdrücker. Die U(S)NO legitimiert die imperialistische Aggression der alliierten Truppen unter der Führung der USA. Und daraus soll eine Friedensorganisation werden?

Vielmehr müssen wir die Frage stellen, warum Kriege geführt werden und wer diese Kriege verhindern kann. Nur die organisierte Arbeiterschaft ist imstande nicht nur der sozialen Unterdrückung ein Ende zu bereiten, sondern auch mit blutigen Kriegen Schluß zu machen. Eine wirkliche Zusammenarbeit der Völker kann nur auf sozialistischer Basis realisiert werden. Das ist die sozialistische Alternative zur UNO, die nicht unsere Interessen vertritt. Der erste Schritt ist die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen, die entschieden gegen diesen imperialistischen Krieg kämpfen müssen.

Thomas Kerschbaum SJ 20



Opfer des US-Überfalls auf Panama

FRIEDE DEN HÜTTEN, KRIEG DEN PALÄSTEN

Schon seit Wochen tobt im Nahen Osten ein brutaler, opferreicher und teurer Krieg. In der ganzen Welt entstanden Protestbewegungen für den Frieden.

Die Leute wollen und können einfach nicht glauben, daß auch heute Konflikte noch mit brutaler Gewalt ausgetragen werden. Davon angewidert und erschüttert gingen Tausende auf die Straßen. Die Frage, wie man den Frieden sichern kann und warum es Kriege gibt, hat wieder an Bedeutung gewonnen.

Ursachen von Kriegen

Viele sind der Ansicht, Kriege sind der Durchbruch des Wahnsinns unter Menschen oder die logische Konsequenz des Aggressionstriebes jedes einzelnen von uns. Sie glauben, Kriege stecken in der Natur der Menschen und man kann ihnen nur durch Appelle an die Vernunft der Kriegsparteien beikommen. Weit verbreitet ist auch die Auffassung, daß der Friede bei jedem von uns zu Hause anfangen muß. Solange dies nicht geschieht, sei es nicht verwunderlich, daß es auch Kriege im großen Rahmen gibt.

Marxisten gehen an die Frage Krieg - Frieden anders heran. Alle Kriege haben ökonomische oder soziale Ursachen. Kriege gibt es, seit es Klassengesellschaften gibt, also seitdem es Menschengruppen gibt, die unvereinbare Interessen haben. Außerdem muß man zwischen Kriegen unterscheiden. Es gibt Kriege zwischen den Besitzenden um die Aufteilung des Reichtums, und es gibt Kriege zwischen den Unterdrückten, Besitzlosen und deren Unterdrückern.

Kriege kann man nur dann erfolgreich bekämpfen, wenn man ihre Ursachen bekämpft. Und diese liegen im Wirtschaftssystem. Der Kapitalismus, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur Grundlage

hat, macht dabei vor nationalen Grenzen nicht halt. Zur Niederhaltung ihrer Feinde haben die Imperialisten eine Armee. Diese kann sowohl gegen äußere Feinde, also rivalisierende Kapitalisten anderer Länder, als auch gegen innere Feinde, wie z.B. streikende Arbeiter, eingesetzt werden.

Am Beispiel 1. Weltkrieg: Die Ursache dieses Krieges war der Kampf der imperialistischen Mächte um die Aufteilung ihrer Kolonien. Natürlich war das Gerede von Verteidigung des Vaterlandes etc. reine Heuchelei. Die eigene Bevölkerung wurde für die Interessen der Imperialisten hingeschlachtet. Ob die Kriegstreiber nett zu ihren Familien waren, Friede im eigenen Haus hatten, trug nichts zum oder gegen den Krieg bei.

Auch der 2. Weltkrieg war kein Krieg zwischen Demokratie und Faschismus.



Marx Engels Lenin analysierten die Ursachen für Kriege

Der deutsche Imperialismus (dessen politisches System der Faschismus war, um die innen- und außenpolitischen Interessen des Bürgertums durchzusetzen) brauchte die Eroberungen. Als die Nazis offensiv gegen die anderen kapitalistischen Staaten auftraten, war der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die imperialistischen Staaten griffen ein, um ihre Einfluß- und Machtphären zu verteidigen. Davor störte sie Hitler nicht im geringsten. Im Gegenteil, Churchill lobte den Faschisten Mussolini sogar

dafür, daß er durch Abschaffung der Demokratie den Einfluß des Bolschewismus zurückdrängte. Nach dem Krieg erklärte er sogar, daß man mit Hitler das falsche Schwein geschlachtet hat (statt Stalin). Die Demokratie war diesen Herren wahrlich kein Anliegen.

Der Krieg wurde also wegen der Profitinteressen der Imperialisten vom Zaun gebrochen. Solange die Imperialisten nicht entmacht sind, wird es, ob wir es wollen oder nicht, Kriege geben. Daher muß man den Kampf gegen den Krieg mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden. Die Arbeiterbewegung muß gegen solche Kriege mobilisieren und zwar nach dem Motto: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Warum sollen die Arbeiter eines Landes, die von ihren Kapitalisten ausgebeutet werden, auf die Arbeiter eines anderen Landes, die auch ausgebeutet werden, schießen, nur weil unter den Kapitalisten der zwei Länder ein Konflikt vorliegt. Im Interesse der Arbeiter liegt die Entmachtung der Kapitalisten, die sie ausbeuten.

Aufrechte Sozialisten waren im Ersten Weltkrieg gegen die Zustimmung der Sozialdemokratie für den Krieg. Sie vertraten eine internationalistische Position. Die Arbeiter sollen sich nicht gegenseitig niedermetzeln, sondern sich verbündern und die Kapitalisten enteignen. Waren sie anfangs isoliert und vom nationalistischen Taumel umgeben, so fanden sie, als die Kriegsmüdigkeit ausbrach, das Gehör der Massen.

Anders verhält es sich bei Kriegen zwischen den "Sklassen und den Sklavenhaltern". Hier darf die Arbeiterbewegung nicht neutral bleiben. Im Vietnam-

Krieg, wo ein ganzes Volk eines ausgebeuteten, abhängigen Landes gegen den US-Imperialismus kämpfte, konnte man nicht neutral oder abstrakt gegen den Krieg sein. Sozialisten mußten für die Niederlage der USA sein. Solange der Imperialismus besteht, wird es auch Kriege geben. Denn die Imperialisten greifen zu allen Mitteln, um ihre Interessen durchzusetzen. Um andere Völker zu versklaven, bedienen sie sich Napalmbomben, Völkermorden, künstlichen Hungersnöten und künstlichen Überschwemmungen (z.B. in Indochina und Angola). Deswegen müssen wir jedes Volk unterstützen, das sich vom Würgegriff des Imperialismus befreien will.

Daß sich die Völker auch militärisch gegen die Imperialisten verteidigen müssen, ist klar. Denn wenn es um die "heilige Kuh" Profit geht, gibt es für sie keine Kompromisse. Das hat die ganze Geschichte bewiesen. Als der demokratisch gewählte chilenische Präsident Allende Reformen gegen US-Konzerne durchführte, antwortete die Imperialisten 1973 mit einem Militärputsch. Die Demokratie wurde abgeschafft, Allende und tausende Sozialisten und Gewerkschafter wurden ermordet.

Auch im gegenwärtigen Krieg treten wir für die Niederlage der USA ein. Hussein ist zweifellos ein brutaler Menschenschlächter, der gestürzt werden muß. Aber von seinem Volk und nicht von den USA. Die USA führen den Krieg nicht, weil Hussein ein grausamer Diktator ist, der war er mit ihrer Unterstützung schon jahrelang. Die anderen arabischen Staaten sind auch keine Demokratien. Die USA sind vielmehr bestrebt, ihre Position in dieser wichtigen Region auszubauen und die exkolonialen Länder noch besser zu unterdrücken. Solche Kriegsziele kann kein Sozialist unterstützen.

Bei beiden Arten von Kriegen sind die Kriege die Fortsetzung der Politik mit anderen, nämlich

militärischen Mitteln. Imperialistische Kriege sind die Fortsetzung des Kampfes um Rohstoffe und Absatzmärkte mit anderen Mitteln und Befreiungskriege sind die Fortsetzung des Kampfes der Unterdrückten gegen die Unterdrücker mit anderen Mitteln.

Daß Menschengruppen, deren Interessen sich nicht ausgleichen lassen, sich bekriegen, ist eine alte Tatsache. Nur die Mittel haben sich geändert. Heute drohen Kriege, wie wir wissen, die ganze Zivilisation zu zerstören. Es gibt nicht Kriege, weil es Waffen gibt, sondern umgekehrt, es werden noch immer Waffen produziert, weil noch immer zum Mittel Krieg gegriffen wird. Die Welt ist heute nicht friedlicher, sie ist brutaler denn je.



Soldaten müssen für Profitinteressen sterben

Situation

Seit dem letzten Weltkrieg hat es eigentlich nie einen Weltfrieden gegeben. Seit dem 2. Weltkrieg gab es mehr als 200 Kriege mit mehr als 250 Millionen Toten, also fast fünfmal so viele als im 2. Weltkrieg! Davon waren alleine die USA in mehr als 100 verwickelt. Mit den heute vorhandenen Vernichtungswaffen könnte man die Erde 200 mal zerstören. Die weltweiten Rüstungsausgaben entsprechen dem Dreifachen der Gesundheits-, dem Doppelten der Bildungsausgaben und dem Dreißigfachen der Ausgaben für Entwicklungshilfe.

Mit dem Geld für ein einziges Atom-U-Boot könnte man 74.000 Familien in der 3. Welt Wohnungen bauen. Selbst wenn 90% des gegenwärtigen Waffenpotentials vernichtet würden, gäbe es noch zehnmal mehr Waffen als 1939 vor Ausbruch des 2. Weltkrieges. Die Rüstungsindustrie ist heute größer und einflußreicher denn je. Mehr als 100 Millionen sind in ihr beschäftigt. Die Hälfte der Forschungsmittel geht fürs Militär drauf und mehr als 50% des wissenschaftlichen Personals arbeitet an der Entwicklung neuer Waffensysteme, also an der Vernichtung unseres Planeten. Mit diesem Potential könnten weltweit Seuchen, Krankheiten und Armut bekämpft werden. Im Grunde genommen ist Rüstungsproduktion Produktion für die Schrotthalde oder gar zur Vernichtung geschaffener Werte. Und diese hat heute so einen großen Stellenwert. Für die Menschheit stellt sich die Alternative heute drastischer denn je: Entweder der Kapitalismus schafft uns ab oder wir schaffen den Kapitalismus ab. Mit einer demokratischen Planwirtschaft könnte man die Technik in den Griff bekommen und zum Wohle der Menschen einsetzen, statt sie dem chaotischen System des Kapitalismus zu überlassen.

Ohne Sozialismus kein Friede!
Krieg dem Krieg und dem Kapital!
David Mum SJ 23

SPENDET
FÜR

LÖR WÄRTS

STOPPT DIE MÜLLAWINE

Abfallwirtschaftsgesetz

1990 wurde das neue Bundesabfallwirtschaftsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz soll die Abfallvermeidung, die Abfallverwertung und die Abfallverrichtung bzw. Lagerung regeln.

Es ist allerdings ein typisches Beispiel für die halbherzige Umweltpolitik der Regierung. Nicht nur von Grüner Seite gibt es Zweifel über die Wirksamkeit dieses Gesetzes. Es beinhaltet wenig konkrete Punkte und ist ein sogenanntes "Rahmengesetz", das erst durch Verordnungen wirksam wird. Diese Verordnungen müßen vom Bundesministerium für Umwelt gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium erlassen werden. Ein Paragraph dieses Gesetzes sagt allerdings, daß von Verordnungen dieser Art abzusehen ist, wenn anzunehmen ist, daß die Wirtschaft durch Selbstgestaltung die Verringerung der Menge und Schadstofffrachten von Abfällen erreichen kann. Da aber der Wirtschaftsminister als treuer ÖVP'ler fest an die "Ökosoziale Marktwirtschaft" und den guten Willen der Unternehmer glaubt, wird es wohl kaum zu wesentlichen Verordnungen kommen. Bei der Müllvermeidung gibt es derzeit eigentlich so gut wie gar keine Ansätze. Dabei gäbe es gerade beim industriellen Sondermüll die Möglichkeit, bis zu 90% zu vermeiden. Es wäre sinnvoll ein lückenloses Pfandsystem auch für Einwegflaschen und das Verbot verschiedener Materialien, wie z.B. PVC das bei der Verbrennung hochgiftiges Dioxin bildet durchzusetzen.

Aber auch bei der Mülltrennung wird es der Wirtschaft leichtgemacht. Diese soll zwar gefährliche Abfälle und Altöl trennen, ist aber dazu nur dann verpflichtet, wenn dadurch keine "unverhältnismäßigen" - Kosten

entstehen. Aus dem Gesetz ist nicht erkennbar, wer festlegt, was "unverhältnismäßig" ist.

Laut Gesetz werden alle zur Mülltrennung angehalten. Bei Zuwiderhandlung können Private bis zu 40.000.- Strafe zahlen, Industriebetriebe zwischen 5.000.- und 500.000.-. Wenn man allerdings die unterschiedlichen Größenordnungen zwischen der Verschmutzung durch Private und der meist andauernden Verschmutzung durch Industriebetriebe betrachtet, stellt sich die Frage nach der Gerechtigkeit dieser Strafen. Und nach der Durchsetzung. Denn wie will man kontrollieren, wer was in die Mülltonnen wirft? Die Industrie droht bei strengeren Umweltauflagen mit dem Zusperrern, was zu Arbeitslosen führen würde - und daran will natürlich niemand schuld sein. Wenn Betriebe die Umweltauflagen nicht erfüllen können oder wollen, dann müssen diese enteignet und unter Arbeiterkontrolle weitergeführt werden. Die hohen Ausgaben für Managergehälter, teure Dienst-



Der Müllberg wächst und wächst..

autos und -essen und die Gewinne des Besitzers könnten dann für die Umweltausgaben viel sinnvoller verwendet werden.

Das neue Abfallwirtschaftsgesetz wird also wahrscheinlich weder die Größe des Müllberges noch die Häufigkeit einzelner Stoffe reduzieren. Wieder einmal ist die Wirtschaft durch ihre Partei - die ÖVP - glänzend vertreten worden und konnte ihre Interessen weitgehend durchsetzen. Wenn es um ihre Profite geht, ist den Unternehmern Umweltschutz völlig egal. Deshalb funktioniert effizienter Umweltschutz nur gegen und ohne die Unternehmer!

Müllverwertung

Die Umweltmusterstadt Wien ist bei näherer Betrachtung gar nicht sooo umweltfreundlich wie sie scheint. Der Konsument soll zwar Müll trennen - aber in Wien gibt es nur ein Bringsystem. D.h. der Konsument bringt den sortierten Müll zur leider oft weit entfernten Tonne. Dadurch wird natürlich nur eine relativ geringere Trennquote erreicht. Dabei könnte bei einer guten Trennung der Restmüll - also der Müll, der nicht zuortbar und wiederverwertbar ist auf etwa 25% reduziert werden. Ein Hohlsystem, d.h. im Haus gibt es mehrere Tonnen, in der sortierter Müll gegeben wird, die dann abgeholt werden, ist natürlich wesentlich teurer und komplizierter - aber für die Umwelt rentiert es sich. Bei der Müllverwertung ist Österreich leider auch nicht gerade vorbildlich. Da nur sehr wenig getrennt wird, und man schon nicht mehr weiß, wohin mit all dem Müll, ist Müllverwertung = Müllverbrennung bzw. Deponierung. Beides ist aber gefährlich und nur begrenzt sinnvoll. Durch das Zusammentreffen verschiede-

ner Stoffe bei der Verbrennung entstehen Gifte, die auch durch Filteranlagen nicht völlig ausgeschieden werden können und sich dann in den Verbrennungsrückständen befinden. Die Verbrennungsrückstände - Schlacke und Filterstaub - machen immer noch 30-40% des Mülls aus und müssen als Sondermüll speziell behandelt werden. Da das aber extrem teuer ist (geschätzte Kosten für die Müllverbrennungsanlage Spittelau: 280.000.000.- pro Jahr) hat man zu Möglichkeiten gegriffen, deren Umweltverträglichkeit äußerst zweifelhaft ist. Schlacke und Staub mit überhöhten Bleiwerten, die Sondermüll sind, werden mit Zement vermischt und auf der Deponie Rautenweg deponiert werden, die aber für Sonderabfälle gar nicht geeignet ist. Es handelt sich hierbei um einen Verstoß gegen den Beischeid des Ministeriums für den Probebetrieb der MVA-Spittelau. Aus einem internen Arbeitspapier des Wirtschaftsministeriums geht hervor, das der Verbundkonzern die Übernahme und Verbrennung von definierten Sonderabfällen wie Klärschlamm, Altöl und verseuchtem Erdreich erledigen soll. "Voraussetzung für eine Entsorgung ist jedoch, daß die Stoffe grundsätzlich als Müll eingestuft werden." Hochgiftiger Klärschlamm soll z.B. einfach als Brennstoff undefiniert werden und in Kohlekraftwerken verheizt werden.

Wenn sich aber nun Bürgerinitiativen gegen derartige Vorgehensweisen wehren, werden sie als inkompetente Störenfriede abgetan. So wurde z.B. die 17fache Grenzwertüberschreitung der MVA Flötzersteig erst nach mehrfachem Leugnen zugegeben. Gerade die Gemeinde Wien aber sollte sich durch einen vorbildlichen Umweltschutz und die oft (zu unrecht?) gerühmte Bürgernähe auszeichnen.

Sonja Grusch SJ 23

(Die meisten Informationen zu diesem Artikel stammen aus "Die Insel" 1989/90)

SiPoIG

Hinter dem juristischen Kürzel SiPoIG versteckt sich eine der brennendsten Polit-Bomben, welche die Große Koalition in dieser Legislaturperiode legen will. Das Sicherheitspolizeigesetz.

Im Auftrag des SP-Innenministers Löschnak sollte eine "rechtstaatlich einwandfreie und für die Sicherheitsexekutive handhabbare Regelung" geschaffen werden. Über die wahren Motive geben die Begleitunterlagen Aufschluß: "Im wesentlichen soll der bestehende Zustand festgeschrieben werden", heißt es da. Und wie sieht dieser Zustand aus? Menschenrechtsverletzungen, Kompetenzüberschreitungen, Amtsmissbrauch am laufenden Band.

Tatsächlich scheint es, als würden diese Mißstände legitimiert. Zwar fehlt gegenüber den ersten Entwürfen das sogenannte "Wegweiserecht", aber es befinden sich immer noch genügend sehr, sehr scharfe Angriffe im Gesetzesvorschlag.

So soll künftig jeder, der sich "anscheinend in hilflosem Zustand" oder sich "an verdächtigen Orten" befindet, eine Stunde zur Feststellung seiner Identität festgehalten werden können. Zwar garantiert angeblich die österreichische Verfassung das Recht auf persönliche Freiheit, doch sei der "primäre Wille der Behörde nicht auf die Freiheitsbeschränkung" gerichtet, sondern auf die Identitätsfeststellung, heißt es wörtlich. Bei einer solchen Argumentation, wäre es zur "Schutzhaft" nur mehr ein relativ kleiner Schritt.

Diese Auslegung ermöglicht es auch, Kinder unter 14 Jahren zu verhaften, wenn sie "glaubhaft einer Straftat beschuldigt werden".

Sogar Vorbehalte gegen die Europäische Menschenrechtskonvention gibt es bei Löschnak &



Co. Diese sieht nämlich vor, daß nur ordentliche Richter Haftstrafen verhängen dürfen. In Österreich soll dazu auch ein Polizeibeamter das Recht haben.

* Clou der Regierungsvorlage ist aber sicher die sogenannte "Generalklausel". Diese ist so eklatant verfassungswidrig, daß selbst der Juristenkommission nur einfällt, sie in den Verfassungsrang zu erheben, um ihre Gültigkeit zu erreichen. Sie sieht vor, daß die Sicherheitsbehörden bei "großen, allgemeinen Gefahren Maßnahmen zu treffen" befugt sind. Das heißt im Klartext: Die Aufgaben von Parlament und Justiz zu übernehmen, Gesetze zu beschließen und zu exekutieren. Im allgemeinen nennt man so etwas "Kriegsrecht". Noch keine 60 Jahre ist es her, daß Sozialisten und Kommunisten mit ähnlichen Gesetzen brutal verfolgt und vernichtet wurden. Das sich gerade ein "sozialistischer" Minister zum Steigbügelhalter der Unternehmer bei derartigen Angriffen auf Linke und Arbeiter macht, ist besonders schlimm.

Wir aufrechten Sozialisten können das nicht hinnehmen und fordern daher:

- * Jeder Verschärfung bestehender Bestimmungen muß offensiv entgegengetreten werden
- * Sofortige, ersatzlose Auflösung der STAPO und aller anderen "Geheim-polizei-organisationen"
- * Aushändigung aller Akten
- * Streikrecht für Polizisten
- * Wahl- und Abwählbarkeit aller mittleren und höheren Dienstgrade durch das Volk.
- * Auflösung der Polizei in der jetzigen Form

Christian Neumaier SJ 5

VORWÄRTS Sozialistische Jugend

Der schauerhafte Zustand der Sozialistischen Jugend ist ein offenes Geheimnis und wird im Grunde genommen von niemanden bestritten. Wirklich funktionierende Bezirks- und Ortsgruppen sind nur mehr in Ausnahmefällen vorhanden. Ist nach fast hundertjähriger Geschichte das Ende der SJ in Sicht?

Den letzten Tiefpunkt stellen die "Aktivitäten" der SJ zum Golfkonflikt dar. Ganz abgesehen davon, daß man politisch nicht über den Forderungskatalog der "Ganzen Woche" hinausging, gab es praktisch einen ganzen Monat lang keine zentralen SJ-Aktionen. Lediglich einige, wenige Bezirke produzierten Material, veranstalteten Diskussionen und versuchten junge Antikriegs-AktivistInnen von sozialistischen Ideen zu überzeugen. Für unsere "Jugendführer" gab es nämlich wichtigeres: z.B. das Aussehen der neuen Mitgliedsanmeldungen. Die Liste der Negativbeispiele kann leider beliebig fortgesetzt werden. So wurde zum Beispiel in Wien die Forderung einiger Bezirke (übrigens jener, die von Anfang an aktiv waren), eine Demonstration gegen Krieg und Parteilinie zu organisieren, als "der Sache schadend" abgelehnt. Bei einer derartigen politischen und organisatorischen Lähmung darf man sich über sinkenden Einfluß der SJ unter Jugendlichen nicht wundern.

Pläne der SJ-Führung

"Traditionelle Gruppenarbeit ist an die Grenzen gestoßen, die Organisation von Jugendlichen in dieser Art ist wegen der Zersplitterung der Jugend in viele Gruppen mit verschiedenen Interessen nicht mehr möglich."

So begründet der Vorsitzende Winkler die Entwicklung der SJ zu einer, an vielen Orten, nicht mehr vorhandenen Organisation.

Anstatt die Inaktivität und angepaßte politische Linie der SJ zu kritisieren, macht er aus der Not eine Tugend und erklärt kurzerhand Gruppenarbeit wegen geänderter Rahmenbedingungen für überholt. Ist es wirklich nicht mehr möglich, Jugendliche aus verschiedenen Bereichen (Lehrlinge, Schüler und Studenten) auf einer einheitlichen, sozialistischen Grundlage zu organisieren? Dieses Argument ist keineswegs neu, auch die Teilung der Jugendlichen in verschiedene Gruppen (Lehrlinge-Schüler-Studenten...) hat es schon immer gegeben. Entscheidend ist und war aber, ob man diese Teilung als "Gott"-gegeben akzeptiert oder als eine künstliche, im Interesse der Herrschenden installierte, bekämpft. Ein Schüler und ein Lehrling haben keine grundlegend verschiedenen Interessen, sie wollen beide eine gute, streßfreie Ausbildung, Wohnung, billige Freizeitmöglichkeiten und eine Perspektive für die Zukunft. Falls dieses "Teilungs"-Argument stimmen würde, hörte sich im Grund genommen jede Gewerkschaftsarbeit, aber auch jegliche internationale Solidaritätsarbeit auf. Konsequenz gedacht wären eigene Schüler-, Lehrlings-, Ausländer-, Umwelt,... Gruppen mit einem zentralen Büro, das Geld und gute Tips gibt, die Zukunft der SJ. Konsequenz



Will er die SJ wegreformieren?

gedacht würde sich die SJ damit auflösen. Die SJ-Führung ist konsequent und fordert die oben genannte Zerschlagung.

Unter dem Schlagwort "Öffnung und neue Projekte" soll sich die Zukunft der SJ auf die Unterstützung und Gründung allerlei losgelöster Initiativen und Gruppen beschränken. Die Gruppenarbeit darf, quasi als Auslaufmodell nebenher laufen. Wie Jugendliche dabei dauerhaft für sozialistische Ideen gewonnen werden sollen, bleibt das Geheimnis von Winkler und Co. Doch auch zur Aufbereitung künftiger Aktivitäten gibt es "großartige" Vorschläge: "Bei jeder Aktivität ..ist künftig mit zu Überlegen...was auch für ...ein Wirtschaftsunternehmen...von kommerziellen Interesse wäre. Als ob bei unserer Werbung, für uns die selben Punkte wie für Unternehmer interessant wären."

Zur Parteireform fällt unseren Gränden nichts radikaleres ein als "die SPÖ muß wieder sozialdemokratisch werden". Und auch mit der so vehement geforderten Diskussionskultur ist es nicht weit her: alle bisherigen Papiere wurden ohne vorherige Diskussion an der Basis der Öffentlichkeit vorgestellt. Wenn dieser Kurs nicht gestoppt wird hat die SJ sicherlich keine weiteren hundert Jahre vor sich.

Die SJ die wir wollen

Wir sind der Meinung, daß es ausreichend Bedarf und Möglichkeiten für sozialistische Jugendarbeit gibt. Wir schlagen im folgenden ein kurzes Programm vor und fordern alle Mithilsgesinnten auf, dieses Programm auf Konferenzen, Vorständen, in den Bezirken und Gruppen einzubringen und es zu unterstützen.

*)Sozialismus ist notwendig

Trotz Propaganda der Bürgerlichen gibt es für den Großteil der Jugendlichen keine (zumin-

dest keine angenehme) Zukunft im Kapitalismus: Krisen, Kriege, Umweltzerstörung, soziale Angriffe, Arbeitslosigkeit erwartet die Jugend von heute, wenn es keine sozialistische Veränderung gibt. Kein soziales Recht, keine politische Freiheit, keine Verbesserung ist gesichert solange dieses System existiert. Der allererste Schritt zum Sozialismus wäre, wenn die SJ selbst ihn als möglich erkennt und ihre Politik dementsprechend ändert.

*)Es gibt Bedarf nach einer sozialistischen Jugendorganisation

Die jetzige junge Generation ist nicht weniger politisch als die vorige. Tausende sind aktiv in Aktionsgruppen bei Greenpeace, Amnesty... Doch alle diese Initiativen und Gruppen beschränken ihre Arbeit von vorneherein auf die Bekämpfung einzelner Auswirkungen des Kapitalismus (Krieg, Umweltzerstörung). Sie können keine echten Lösungen anbieten. Die Chance der SJ wäre, wenn sie anhand dieser konkreten Punkte Zusammenhänge aufzeigt und Jugendlichen durch sozialistische Ideen echte Alternativen zu den bestehenden Problemen anbietet.

*)Für eine offensive sozialistische Außenarbeit

Die SJ muß dort sein, wo Jugendliche tatsächlich sind. Also vor Schulen, Betrieben,... Sie muß offensiv die Interessen der Jugendlichen vertreten und versuchen besonders die aktivsten und fortschrittlichsten Teile zu gewinnen(z.B. Schülervertreter, Jugendvertrauensräte). Die Werbemittel der SJ müssen sich abheben vom üblichen kommerziellen Ramsch, inhaltlich klar, einfach und kämpferisch formuliert sein.

*)Für eine einheitliche SJ

Die Spaltung der Jugendlichen muß überwunden werden. Es ist äußerst wichtig, daß ein Juso-Student sich mit den Problemen eines Juso-Lehrlings auseinandersetzt. Von verschiedenen Aus-

gangspunkten müssen gemeinsame Interessen und Lösungen gefunden werden (z.B. keine Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, gemeinsame Ausbildung aller Jugendlichen...). Die dauerhafte Organisation und politische Ausbildung kann letztlich nur in ständigen SJ-Gruppen mit regelmäßigen Gruppenabenden u.ä. geschehen.



SJ: Zuwenig Lehrlingsarbeit

*)Marx statt Management

Das Hauptproblem der SJ ist ein inhaltliches, kein organisatorisches. Die SJ ist zur Zeit in den allermeisten Fällen nicht in der Lage, sozialistische Konzepte anhand der bestehenden Probleme zu entwickeln. Natürlich ist eine gute organisatorische Arbeit wichtig (gerade hier gibt es auch große Defizite). Doch ihre Aufgabe kann es einzig und allein sein, die Voraussetzungen zur Gewinnung von Jugendlichen für sozialistische Ideen zu schaffen.

*)Die SJ muß demokratisch werden

Klare Strukturen und Verantwortlichkeiten bei gleichzeitiger Rechenschaftspflicht sind erste Voraussetzungen. Bei jeder grundlegenden Frage ist ein Diskussionsprozeß in der ganzen SJ zu führen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden (z.B. durch ein Diskussionsorgan), alle Meinungen und Strömungen gegenüber der Gesamtorganisation darzustellen.

*)Aufbau eines linken Flügels in der SPÖ

Die Rückeroberung der SPÖ für den Marxismus ist eine der wichtigsten Aufgaben für die

Zukunft. Der SJ kann dabei eine zentrale Rolle zufallen. Sie muß die Zusammenarbeit mit allen Linken in der Partei suchen und muß versuchen, kämpferische Jugendliche für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Sie muß sich klar abgrenzen vom jetzigen Kurs und ein eigenständiges sozialistisches Programm offensiv nach innen und außen vertreten.

John Evers SJ 5

FREIHEIT FÜR MAHMOUD

Mahmoud Masarwa, israelischer Staatsbürger palästinensischer Herkunft wurde vor mehr als 2 Jahren, wegen seiner Arbeit als Gewerkschafter und Sozialist, zu 10 Jahren Haft verurteilt. Durch eine internationale Solidaritätskampagne, die von Gewerkschaften und Parlamentariern unterstützt wurde, konnte die israelische Justiz gezwungen werden, die totale Nachrichtensperre aufzuheben und das Gerichtsverfahren, öffentlich zu machen. Dabei wurde deutlich, das die Anklagepunkte gegen Mahmoud Masarwa ohne jegliche Grundlage sind. Mahmoud konnte nicht nachgewiesen werden, daß er Terrorist, Brandstifter oder Spion ist.

Der israelische Staatsapparat arbeitet mit solchen Methoden gegen Mahmoud, weil dieser die Idee einer Einheit zwischen arabischen und jüdischen Arbeitern auf sozialistischer Grundlage verbreitet. Eine Einheit der Arbeiter in Israel bedeutet das Ende der herrschenden Klasse. Mahmoud wird nicht freigesprochen, obwohl er unschuldig ist, um jegliche Opposition abzuschrecken. Das dürfen wir nicht zulassen!

Schreibt Protestbriefe an: Israelische Botschaft 18, Anton Frank Gasse 20 Mahmoud braucht Geld für Anwaltskosten, Telefon, Porto und für den Unterhalt seiner Familie. Spendenkonto:

PSK 8812.733 Kennwort: Mahmoud

TANZ AUF DEM PULVERFASS

Seit Anfang der Achtziger Jahre erlebt Jugoslawien einen stetigen und immer rasanter werdenden Verfallsprozeß. Die sozialen Konflikte treten in den Hintergrund, das nationale Problem ist jetzt scheinbar der Jugoslawen einzige Sorge.

Jugoslawien - ein Vielvölkerstaat. Serben, Slowenen, Kroaten, Albaner, Makedonier, Montenegro, bosnische Moslems, Zigeuner und eine nicht unbedeutende ungarische Volksgruppe bewohnen das mittlerweile durch Nationalismus tief gespaltene Land. Der industriell hoch entwickelte Norden strebt nach Unabhängigkeit, der auf Landwirtschaft gestützte Süden will die Einheit erhalten - so stellt sich das Bild für den österreichischen Zeitungsleser dar. Serben gegen Slowenen und Kroaten, die "Kommunisten" gegen die "nach Freiheit strebenden" Nationalregierungen. Doch so einfach kann man sich die Sache wohl nicht machen. Die Hintergründe des heute drohenden Bürgerkriegs sind bereits in den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zu suchen.

Inflation und Kosovo

Bereits Mitte der Achtziger Jahre rächten sich Fehlplanungen und Fehlinvestitionen der Bürokraten. Die Inflation schnellte in die Höhe - im Jahr 1989 betrug sie 2400%, andere Quellen sprechen sogar von 3500%! Um die Löhne bezahlen zu können, wurden immer wieder neue Geldscheine mit immer mehr Nullen gedruckt. Die Produktion der Fabriken aber verstaubte mangels Nachfrage in den Lagerhallen.

Als 1988 der größte serbische Konzern "Agrokommerz" nach Betrugs- und Korruptionsskandalen zusammenbrach, machte die serbische Bevölkerung ihrem Unmut mit Demonstrationen und

Protestkundgebungen in Belgrad Luft. Die serbische Bürokratie, die ihre Macht alsbald bedroht sah, suchte einen Ausweg und fand ihn. Den Kosovo.

Die bis dahin autonome Provinz Serbiens wird zu 90% von Albanern bewohnt, hatte eine eigene Regierung und Verwaltung, und -da dies eine der ärmsten Gegenden Jugoslawiens ist - soziale Vergünstigungen wie billigeren Strom. Durch fingierte Zeitungsmeldungen, in denen von Verschleppungen von Serben im Kosovo zu lesen war, wurde der Nationalismus noch weiter angeheizt. Bereits 1989 traten zahllose junge Serben freiwillig in die Armee ein, um nach Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, zu marschieren.

Als die albanischen Arbeiter die Beschneidung ihrer politischen Rechte im Juli 1990 mit der Gründung einer eigenen albanischen Gewerkschaft beantworteten, fuhr die eiserne Faust der serbischen Bürokratie dazwischen und löste die Gründungsversammlung mit Gewalt auf.

Die albanischen Arbeiter des Kosovo gaben jedoch nicht auf. Anfang September wurde ein Generalstreik ausgerufen, der beinahe lückenlos befolgt wurde. Die Antwort der serbischen Führung, die zu dieser Zeit schon die Verwaltung der Betrie-

be im Kosovo an sich gerissen hatte: zwischen 20.000 und 30.000 Entlassungen!

Durch eine Politik, gemäß dem Schlachtruf des serbischen Nationalistenführers und angeblich "sozialistischen" Präsidenten Milosevic "Idemo na Kosovo" (wir gehen in den Kosovo), gelang es bisher, von der sozialen Not der Serben weitgehend abzulenken, und der serbischen Bürokratie noch einmal das Leben zu retten. Für wie lange, bleibt offen. Denn Ende Dezember drangen Berichte über einen Bergarbeiterstreik in Serbien an die Öffentlichkeit. Genaueres darüber war nicht zu erfahren - außer, daß sie die Auszahlung der, seit August ausstehenden, Löhne erreichen wollten.

Der reiche Norden

Seit dem Frühjahr 1990 hat Slowenien eine "nichtkommunistische" Regierung, und seit dem Frühsommer auch Kroatien. Ihre Hauptaufgabe sehen sie in der Privatisierung des Gemeineigentums. Doch daß das nicht so einfach geht, mußten auch die "Marktwirtschaftler" erkennen.

Der "Wirtschaftskrieg der Republiken" - es wurden die Produkte aus den anderen Republiken mit Schutzzöllen belegt



Proteste im ganzen Land - z.B. Albaner in Pristina

(!) - blieb auch in den nördlichen Republiken nicht ohne Folgen. Zahlreiche Fabriken, die in erster Linie für den innerjugoslawischen Export produzierten, gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Streit zwischen stalinistischen und nationalistischen Bürokraten wurde wieder auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen.

Die Arbeiter sind nicht bereit, den letzten Rest an Einfluß in den Fabriken aufzugeben. Außerdem gibt es kaum jemand, der bereit oder in der Lage wäre, die von der Bürokratie heruntergewirtschafteten Betriebe aufzukaufen. Deshalb ließ die kroatische Regierung im Oktober die Privatisierungspläne wieder fallen, und diskutiert sogar die Möglichkeit von Verstaatlichungen, womit die Kontrolle der Produktion dann direkt in der Hand der nationalistischen Führer läge.

In Slowenien möchte man ein anderes Modell versuchen. Man will die Arbeiter an den Fabriken beteiligen - die ihnen allerdings jetzt gehören! Das heißt, daß man den Arbeitern die Möglichkeit und irgendwann sicher auch die Notwendigkeit gibt, ihr Mitigentum zu verkaufen. Auch die slowenische KP spricht nicht mehr von "Selbstverwaltung", sondern von "Mitsprache" der Arbeiter.

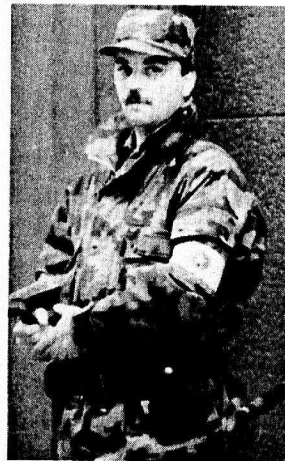
Die Zentralregierung

Alle Versuche die katastrophale Wirtschaftslage zu verbessern, schlugen bisher fehl. Zwar gelang es dem Präsidenten Ante Markovic, die Inflation im Jahr 1990 auf 30% zu drosseln und den Dinar stabil zu machen. Die jugoslawische Währung ist jetzt, wie der Schilling, 7:1 an die D-Mark gekoppelt. Aber damit konnte die Not der Bevölkerung nicht gelindert werden - im Gegenteil. Die wirtschaftliche Stabilität wurde zu Lasten der Arbeiter finanziert - durch Preiserhöhungen und Lohnstopps!

Die Forderungen, die Markovic

im Dezember aufstellte, sprechen dieselbe Sprache. Er forderte ein weiteres Einfrieren der Löhne und Kürzungen der Wirtschaftsförderungen. Die Folgen wären katastrophal. Ein Viertel der Betriebe Jugoslawiens wäre unmittelbar von der Schließung bedroht. Doch auch hier wieder das Nord-Süd-Gefälle: Während die Republiken Slowenien und Kroatien dies weniger spüren würden, würde dies für Serbien die Schließung von 400 der größten Betriebe, und für Makedonien das Aus für 90% der Fabriken bedeuten!

Allerdings möchte Markovic auch mehr Macht für die Zentralregierung und Kürzungen der Republiken-Budgets. Dem werden die kroatischen und slowenischen Nationalisten, und wahrschein-



Jugoslawisches Militär vor der Kommandozentrale in Laibach

lich auch die serbischen Stalinisten wohl nicht zustimmen.

Das Pulverfaß

Um die Unabhängigkeitsbestrebungen vor der Zentralarmee verteidigen zu können, beschlossen die kroatischen Nationalisten,

Bürgermilizen zu errichten. Daraufhin organisierten vor allem serbische Stalinisten bewaffnete Aufstände der in Kroatien lebenden Serben gegen die Abspaltungspläne der kroatischen Regierung und kontrollierten sogar einige Tage lang ganze Landstriche. Die Niederwerfung dieses Aufstandes tat ein Übriges dazu, die Lage weiter zu radikalisieren. Als nun der kroatische Verteidigungsminister nach seiner Weigerung, die Bürgermilizen zu entwaffnen, von der Zentralarmee verhaftet wurde, hat sich die Möglichkeit eines Bürgerkriegs weiter verstärkt.

Die Loslösungsbestrebungen in Kroatien und Slowenien sind Ausdruck einer tiefen und berechtigten Ablehnung der stalinistischen Zentralbürokratie. Diese sieht sich dadurch (zurecht) lebensgefährlich bedroht und will daher mit allen, auch noch so repressiven, Mitteln die Einheit auf der bisherigen, ebenfalls repressiven, Grundlage aufrecht erhalten. Aber auch den Führern der "Unabhängigkeits"-Bewegung in Slowenien und Kroatien geht es nicht um Freiheit und Selbstbestimmungsrecht für die Massen. Was sie wollen ist die kapitalistische Restauration, den Anschluß an die EG und die Kontrolle ausländischer Multis über Wirtschaft und Industrie. Das ist ihre Vorstellung von Unabhängigkeit. Weder die Stalinisten noch die "Marktwirtschaftler" können den Massen eine wirkliche Perspektive bieten. Wir fordern auch in Jugoslawien das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Gleichzeitig muß allen Restaurationsversuchen, ebenso wie allen Versuchen weiterer stalinistischer Unterdrückung entgegengetreten werden. Damit wären die Grundvoraussetzung für eine echte Lösung in dieser Region geschaffen, für eine auf Freiwilligkeit beruhende jugoslawische Föderation sozialistischer Arbeiterrepubliken.

Jimmy Müller SJ 20

VORWÄRTS

WAS WIR WOLLEN

LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

BILDUNG

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

UMVERTEILUNG

* Für die Einführung der

gleitenden Lohnskala! Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.

* Mindestlohn von 12.000 öS netto pro Monat für die gesamte arbeitenden Bevölkerung!

* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals. Für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken!

VERSTAATLICHTE WIRTSCHAFT

* Schluß mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Verstaatlichten Industrie!

* Keine Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft, im Gegenteil Ausbau der Verstaatlichung auf die Großindustrie, Banken, Versicherungen und Großgrundbesitz!

* Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen!

FÜR EINE GEPLANTE WIRTSCHAFT

* Planen wir die Wirtschaft

nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!

* Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel!

* Demokratische Planung, Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Staaten zu verhindern!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!



Spendenkonto
PSK 8812.733

Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift



Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- öS ○

10 Ausgaben zu 100,- öS ○

ein VORWÄRTS-Förderabo
zu öS ... beziehen ○
(ab 50,- öS)

Auslandsabo (5 Ausgaben: 80,-) ○

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o John Evers,
Kriehuberg. 21/11 1050 Wien